

NLK/NÖ/Gemeindetag 1996/Millennium/Föder ***ORIGINALTEXT-SERVICE***

Millennium und Föderalismus

Gemeindetag 1996 in Niederösterreich

Niederösterreich (NLK) - Beim 42. Österreichischen Gemeindetag im südburgenländischen Oberwart wurden auch bereits die Weichen für das kommende Jahr gestellt: Im Millenniumsjahr wird Niederösterreich Schauplatz der größten kommunalpolitischen Veranstaltung Österreichs sein. Der 43. Gemeindetag wird vom 25. bis 27. November 1996 unter dem Thema "Föderalismus, eine europäische Herausforderung" ablaufen. Die Hauptveranstaltung am Freitag, 27. September, wird im St.Pöltner Veranstaltungszentrum über die Bühne gehen. Hier soll am Vorabend auch ein Gesellschaftsabend mit Musikkapellen, Chören und Volkstanzgruppen aus allen Bundesländern an das Jubiläum "1000 Jahre Ostarrichi" anknüpfen. Rahmenveranstaltungen finden in der Ostarrichi-Gemeinde Neuhofen an der Ybbs statt, die in Oberwart dafür mit dem "Ostarrichi-Trommler" einstimmte. Auch die vor wenigen Tagen fertiggestellte "Ostarrichi-Nadel", eine vergoldete Anstecknadel, wurde von Bürgermeister Josef Streißelberger in Oberwart vorgestellt.

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS*****

OTS048 1995-10-09/10:54

Finanzen/Budget/Verhandlungen/Klestil

Budget: Klestil: "Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen"

Utl.: Auftrag zur Budgetsanierung "unverändert gültig" =

Wien (APA) - Für Bundespräsident Thomas Klestil ist auch nach den am Freitag nachmittag von ihm mit Bundeskanzler Franz Vranitzky und Vizekanzler Wolfgang Schüssel geführten Gesprächen das "letzte Wort über die Koalitionsverhandlungen zum Entwurf für das Budget 1996 noch nicht gesprochen". ****

Auf Anfrage der APA verwies die Präsidentschaftskanzlei erneut auf den Appell zur Einigung, den der Bundespräsident heute vormittag vor dem 42. Österreichischen Gemeindetag an die Koalitionspartner gerichtet hatte. Klestil habe der Bundesregierung vor ihrer Angelobung im Herbst des vergangenen Jahres inhaltliche Vorgaben zur Sanierung des Staatshaushaltes mitgegeben, die dann auch im Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung ihren Niederschlag gefunden hätten. Dieser Auftrag sei "unverändert gültig".

(Schluß) sa/at

APA600 1995-10-06/18:51

Finanzen/Budget/Klestil/Burgenland/Extra

Budget: Krise zeigt Auswirkungen auf Klestils Terminkalender =

Eisenstadt (APA) - Die Budgetkrise auf Bundesebene blieb am Freitag nicht ohne Auswirkungen auf den Terminkalender des Bundespräsidenten: Thomas Klestil kam in den Mittagsstunden - nach seiner Teilnahme am 42. Österreichischen Gemeindetag in Oberwart - nur kurz zu einem Festakt der s Bausparkasse in Eisenstadt, hielt entgegen dem Protokoll als erster seine Ansprache und verließ das Festzelt rasch wieder. Man habe das Programm umstellen müssen, da der Herr Bundespräsident wegen der kritischen Budgetsituation wieder nach Wien zurück müsse, erläuterte der Generaldirektor der s Bausparkasse, Paul Oppitz, den ungewohnten Ablauf der Feier mit der Bundeshymne mittendrin. ****

(Schluß) sz/dl/at

APA459 1995-10-06/15:33

OTS0175 5 II 0319 NLK008

Fr, 06.Okt 1995

NLK/NÖ/42. Ö. Gemeindetag

ORIGINALTEXT-SERVICE

42. Österreichischer Gemeindetag

Präs. Romeder: Kommunen als Grundpfeiler der Demokratie

Niederösterreich (NLK) - "Ohne moderne Gemeinden gäbe es auch kein modernes, fortschrittliches und demokratisches Österreich" betonte Landtagspräsident Franz Romeder heute in seiner Funktion als Präsident des Österreichischen Gemeindebundes beim 42. Österreichischen Gemeindetag im südburgenländischen Oberwart vor mehr als 1.700 Kommunalpolitikern aus allen Bundesländern. Die größte kommunalpolitische Veranstaltung Österreichs stand nicht zuletzt im Zeichen der Budgetverhandlungen auf Bundesebene. Sowohl Bundespräsident Dr. Thomas Klestil als auch der burgenländische Landeshauptmann Karl Stix richteten den Appell an die Verhandlungsteams, rasch einen gemeinsamen Weg aus der Budgetkrise zu finden.

Präsident Franz Romeder verwies auf die für die Gemeinden durchaus positiven Ergebnisse, die bei den Finanzausgleichsverhandlungen erreicht wurden. Große Sorgen bereite den Kommunalpolitikern allerdings die Finanzierung des Gesundheitswesens sowie die Vorgangsweise bei der Sondernotstandshilfe. Der Gemeindetag richtete in diesem Zusammenhang ein Protesttelegramm an Sozialminister Franz Hums.

Bundespräsident Dr. Thomas Klestil betonte, daß der 42. Gemeindetag unter besonderen Vorzeichen steht: Er fällt in das Gedenkjahr "50 Jahre Zweite Republik und 40 Jahre Staatsvertrag" und er ist der erste nach dem EU-Beitritt Österreichs. Es seien die Gemeinden gewesen, in denen vor 50 Jahren wieder ein funktionierendes Leben ermöglicht wurde. Heute seien die Kommunen fest in die Europäische Integration eingebunden.

Gesundheitsministerin Dr. Christa Krammer präsentierte den Kommunalpolitikern ihre Vorstellungen über die Reform des Gesundheitssystems. Ziel müsse eine Vernetzung sein, um alle Rationalisierungspotentiale zu nützen. Eine leistungsorientierte Verrechnung gehöre hier ebenso dazu wie der Abbau von Überkapazitäten bei den Akutbetten und von identen Angebotsstrukturen und der Ausbau der Hauskrankenpflege sowie die Errichtung von Tageskliniken.

In einer Resolution des Gemeindetages wird darauf verwiesen, daß die finanzielle Leistungskraft der Kommunen bereits die Grenzen überschritten hat, weil Bund und Länder den Gemeinden ständig neue Aufgaben übertragen. Gefordert werden eine Eindämmung der Kostensteigerungen im Spitalsbereich, eine umgehende Änderung der Sondernotstandshilfe-Verordnung, um Mißbräuche zu verhindern, sowie eine rasche Novellierung des Wasserrechtsgesetzes, unter anderem durch eine Umwandlung der derzeitigen Grenz- in Richtwerte.

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS*****

OTS175 1995-10-06/14:40

APA0234 5 II 0425

Siehe APA177/06.10 Fr, 06.Okt 1995

42. Gemeindetag im Zeichen des EU-Beitritts

Utl.: Romeder: Gemeinden bis 1999 finanziell abgesichert -
Stix: Neue Partnerschaft von Bund, Ländern und Gemeinden =

Oberwart (APA) - Der 42. Österreichische Gemeindetag in Oberwart stand am Freitag im Zeichen des zu Jahresbeginn erfolgten Beitritts Österreichs zur EU. Der Präsident des Gemeindebundes, Franz Romeder, sagte, die Gemeinden seien durch den vor kurzem verlängerten Finanzausgleich bis 1999 finanziell abgesichert. Bei den Verhandlungen sei erreicht worden, daß es auch in den kommenden Jahren Mehreinnahmen geben werde. "Wir haben bei den Verhandlungen Härte gezeigt und können mit dem Ergebnis zufrieden sein." ****

Romeder hob den Beitrag hervor, den die österreichischen Gemeinden zur Sicherung des Wohlstandes leisteten und betonte, daß 90 Prozent aller Gesetze von den Gemeinden exekutiert würden. Kritik übte der Präsident des Gemeindebundes allerdings an Sozialminister Franz Hums wegen der großen Belastungen, die durch die Richtlinien zur Gewährung von Sondernotstandshilfen für die Gemeinden entstünden.

Der burgenländische Landeshauptmann Karl Stix forderte in seiner Rede eine neue Partnerschaft zwischen Ländern, Bund und Gemeinden. Die Kosten sollten in Zukunft allerdings vom Bund nicht auf die Länder und Gemeinden transferiert werden. Das Parlament und die Landtage müßten bei der Finanzierung von Vorhaben den Gemeinden ein Mitspracherecht einräumen. Die Bundesverfassung sollte dahingehend geändert werden, daß in Zukunft Gesetze nur dann in Kraft treten könnten, wenn der Bundesrat diesen ausdrücklich zustimme, sagte Stix.

Gesundheitsministerin Christa Krammer ging in ihrer Rede auf die notwendige Reform des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds (KRAZAF) ein. Sie sagte, die Diagnose sei gestellt, doch über die Therapie werde noch heftig gestritten. Der Patient Gesundheitswesen würde jedoch "uns unter den Händen wegsterben", falls weiter bei der Suche nach einer Lösung der Finanzierungsprobleme gezögert werde. Angesichts der explodierenden Kosten müsse das Gesundheitswesen auf neue Beine gestellt werden, dazu sei nicht nur Fassadenarbeit notwendig, sondern tiefgreifende Maßnahmen. Die Kompromißfähigkeit der Politiker auch auf der Ebene der Gemeinden sei gefordert, um rasch zu einer Lösung zu gelangen. Jeder müsse bereit sein, von seinem Standpunkt abzugehen und einem Kompromiß zuzustimmen. "Die Schrebergarten-Mentalität gehört aufgegeben, jetzt ist Vernetzen gefragt", betonte Krammer vor den rund 2.000 Bürgermeistern und Gemeindevertretern in der südburgenländischen Stadt.

Jeder müsse nun seine Karten auf den Tisch legen und sich klar darüber werden, "was wir uns leisten können und was nicht". Sie sei entschlossen, alle Rationalisierungsmöglichkeiten auszunützen, unterstrich Krammer. "Wir können uns einfach nicht alle zehn Kilometer ein Krankenhaus leisten." Weiters betonte die Gesundheitsministerin, daß in Zukunft Zuschüsse für die Spitäler und das Gesundheitswesen nur im Einklang mit der Volkswirtschaft erhöht werden könnten. "Wir können einfach nicht das Geld ausgeben, das wir gar nicht haben."
(Schluß) gf/dl/ul

APA234 1995-10-06/12:14

Utl.: Im Brennpunkt: Finanzausgleich und Spitalsfinanzierung =

Eisenstadt (APA) - 1.500 Bürgermeister aus ganz Österreich werden am 5. und 6. Oktober im Südburgenland erwartet. Oberwart ist Schauplatz des 42. Österreichischen Gemeindetages. Die größte kommunalpolitische Veranstaltung Österreichs wird erstmals von einer großen Kommunalmesse begleitet. Zum Gemeindetag am Freitag werden auch Bundespräsident Thomas Klestil, Burgenlands LH Karl Stix sowie Gesundheitsministerin Christa Krammer kommen, die über das Gesundheitswesen in Österreich berichten wird. ****

Laut Gemeindebund-Präsident Franz Romeder wird der 42. Gemeindetag im Zeichen der Tatsache stehen, "daß sich die österreichische Finanz- und Budgetpolitik derzeit in einer schwierigen und für die Entwicklung der kommenden Jahre entscheidenden Phase befindet". Thema Nr. 1 wird in Oberwart das Finanzausgleichsgesetz 1996 einschließlich der Krankenanstaltenfinanzierung sein.

Aber auch Probleme, wie Sondernotstandshilfe, Getränkesteuer oder die Novellierung des Wasserrechtes werden diskutiert. Romeder: "Die finanzielle Leistungskraft der Gemeinden muß erhalten und abgesichert werden, damit sie ihre Funktion als größte öffentliche Investoren auch künftig erfüllen können."

(Schluß) sz/mk/sm

APA167 1995-10-02/11:44

APA0125 5 II 0390

Sa, 25.Feb 1995

ÖVP/Niederösterreich

"Erwin Pröll sollte in Niederösterreich bleiben" 1

Utl.: NÖ-Gemeindetag der ÖVP - Zimper: "Signale politischer Endzeitstimmung" aus Bundeszentrale =

St. Pölten (APA) - "Erwin Pröll sollte in Niederösterreich bleiben." So ehrenvoll eine Herausforderung in der Bundespartei für den Landeshauptmann und das Land auch sein möge, sie lasse derzeit zuviele Fragen offen, "die ohne ernste Vorbereitung nicht wirklich befriedigend beantwortet werden können", sagte Walter Zimper, Landesobmannstellvertreter des NÖ-Gemeindevertreterverbandes der ÖVP am Samstag beim NÖ-Gemeindetag 1995 in St. Pölten. "Derzeit braucht Niederösterreich Erwin Pröll und die Bundespartei braucht Erwin Pröll in Niederösterreich". ****

Die ÖVP ächze, so Zimper. "Aus der Bundeszentrale unserer einst so großen, starken und stolzen Bewegung empfangen wir Signale politischer Endzeitstimmung." Der Volkspartei bleibe jetzt nur mehr die Möglichkeit, "durchzuhalten und in der Regierung präsentable Arbeit zu leisten, durchzustarten mit der klaren Besinnung auf die so oft verratenen Grundsätze unserer Bewegung und durchzustarten mit der umsichtigen Erkenntnis, daß sie gerade die ungetrübte Vollziehung unserer wichtigsten Grundsätze, wie Partnerschaft, Subsidiarität und Föderalismus geradewegs dorthin führen wird, wo sie den Anschluß verloren hat und wo sie dennoch in ungebrochener Stärke vorhanden ist: In unseren Gemeinden". Durch die "grobe Vernachlässigung der altbewährten Grundsätze" habe die ÖVP in Niederösterreich den Anschluß an 72 Prozent der Bürgermeister, an 62 Prozent aller Gemeindefunktionäre und damit den direkten Zugang zu mehr als 50 Prozent der Wählerstimmen verloren, so Zimper.

Das Problem der Volkspartei heute sei, "daß sie nach mehrmaliger Demütigung durch die Wähler nicht mehr die Kraft und das Selbstbewußtsein aufbringt, den von ihren Grundsätzen abweichenden Meinungen zu trotzen und Kurs zu halten". Die ÖVP schlage ihre christlichen, sozialen, marktwirtschaftlichen und bürgerlichen Werte in den Wind und hänge ihr Fähnlein in denselben, sagte Zimper.

Mit einer "Politik der Beliebigkeit" habe die einst große, weil weltanschaulich gefestigte und daher geehrte Volkspartei auch ihre Funktionäre und Wähler umerzogen: "Zu einer Beliebigkeit im Denken

und einer Beliebigkeit im Wählen". Die ÖVP sei "eine nach ernsten Grundwerten entwickelte und traditionsreiche Partei, die jede Abweichung von den Erwartungen mit dem Verlust von Anhängern bezahlt". Sie brauche daher eine "radikale Besinnung auf ihre Grundwerte und ihren Gründungsauftrag" und überdies Politiker, die auch bei politischem Gegenwind und in Konfrontation mit dem täglich wechselnden Zeitgeist "den Kurs ihrer Überzeugung halten und Flagge zeigen". Eine starke und geeinte niederösterreichische Volkspartei bezeichnete Zimper als "für die Erfolgchance einer konsolidierten Bundespartei von existenzieller Bedeutung".

(Forts.) we/je/bi

APA125 1995-02-25/13:00

OTS0053 5 CI 0074 NLK007

Fr, 10.Feb 1995

NLK/NÖ/NÖ Gemeindetag/St.Pölten

ORIGINALTEXT-SERVICE

25. Februar: NÖ Gemeindetag in St.Pölten

Niederösterreich (NLK) - Der Verband der NÖ Gemeindevertreter der ÖVP lädt für Samstag, 25. Februar, in das Veranstaltungszentrum St.Pölten zum NÖ Gemeindetag 1995 ein. Generalmotto: Niederösterreichs Gemeinden auf dem Weg ins Jahr 2000. Neben anderen Referenten wird auch Landeshauptmann Erwin Pröll zu den Gemeindevertretern aus dem ganzen Land sprechen. Eine Multivisionsshow und mehrere Blasmusikkapellen runden den Gemeindetag ab.

Kontaktadresse: Gemeindevertreterverband, 1010 Wien, Löwelstraße 6, Telefon 0222/5330294.

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS*****

OTS053 1995-02-10/10:49